

SPD

Fraktion im
Bezirksrat der

Landeshauptstadt

Hannover

Grüne

Drucksache Nr. 15-0657/2015

SPD-Fraktion im Bezirksrat Mitte der Landeshauptstadt Hannover

An den
Bezirksbürgermeister
im Stadtbezirk Mitte
Michael Sandow o.V.i.A.

über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten

16.03.2015

Änderungsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover zur DS 15-0567/2015
in die nächste Sitzung des Bezirksrates
bezahlbares Wohnen in der Calenberger Neustadt

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der o.a. Drucksache wird mit der Maßgabe folgender Änderung zugestimmt:

1. bei der Aufstellung des Bebauungsplanes und ^{mindestens} der Anfertigung des Durchführungsvertrages wird sichergestellt, dass 25 % der geplanten Wohneinheiten ~~mit mind. 25 % der Wohnfläche~~ als Mietwohnungen zu Nettokaltmieten auf dem Niveau der Eingangsmiete des öffentlich geförderten Wohnungsbaus angeboten werden;
2. bei der Aufstellung des Bebauungsplanes und ^{mindestens} der Anfertigung des Durchführungsvertrages wird sichergestellt, dass 25 % der geplanten Wohneinheiten familienfreundlich mit 3-5-Zimmer ^{ausgestattet} werden;
3. ~~im Rahmen des Durchführungsvertrages wird auf Kosten des Vorhabenträgers eine Krippe/Kindertagesstätte in dem Gebäudekomplex eingerichtet bzw. der Vorhabenträger an den Kosten zur Schaffung bedarfsentsprechender Plätze an anderer Stelle in der näheren Umgebung beteiligt~~
^{es realisiert}

Begründung:

Die Schaffung von Baurecht für Wohnungen im Bereich des bisherigen Parkplatzes an der Adolfstraße ist grundsätzlich sehr zu begrüßen.

Eine sozial ausgeglichene gesunde und integrative Stadtentwicklung setzt jedoch nicht nur voraus, dass Menschen von unterschiedlicher sozialer Herkunft und mit einem unterschiedlichen sozialen Hintergrund innerhalb der Stadtteile friedlich integrativ miteinander leben, sich austauschen und miteinander auskommen, sondern auch, dass nach Möglichkeit innerhalb von Wohngebäuden eine entsprechende gesellschaftliche Bandbreite vertreten ist.

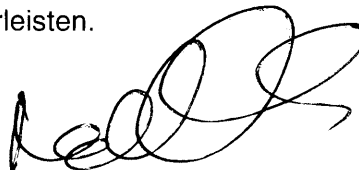
Auch im Bereich der Adolfstraße gehören Investition und Verantwortung zusammen.

Dass die Investoren die Schaffung von ausschließlich hochwertigen großen Wohneinheiten bevorzugen, liegt in deren nachvollziehbaren wirtschaftlichen Interesse.

Das öffentliche Interesse im Sinne einer zukunftsweisenden Stadtentwicklung in sozialem Frieden ist jedoch höher zu gewichten als das Renditeinteresse der Investoren. Von daher sind 25 % der Wohneinheiten zu bezahlbaren Preisen anzubieten, ferner ist die soziale Infrastruktur insbesondere auch für Familien zu gewährleisten.



Hülya Demir
Fraktionsvorsitzende



Martin Nebendahl
Fraktionsvorsitzender